

Gemeinderat - öffentlich - vom 13.10.2015
1) TOP Bürger fragen

Oberbürgermeister Pauly: Bürgerfragen zur Bedarfsorientierten Landeserstaufnahmestelle für Flüchtlinge dürfen unter TOP 3 von den Bürgern gestellt werden.

2) TOP 1-061/15 Stadtbusverkehr Neukonzeption

Herr Hüsler (IBV Hüsler AG) stellt die Grundlagen des neuen Stadtbuskonzeptes vor und erläutert das mit drei Bussen und drei Schleifen geplante Angebot.

Eine Lösung für die Erich Kästner-Schule sei mittlerweile auch gefunden worden. Der Bus vor 8.00 Uhr fahre direkt von der Äußeren Röte an die Erich Kästner-Schule. Da einige Haltestellen mit dieser Lösung nicht angefahren würden, würden die Schüler rechtzeitig zum Schulbeginn an der Schule ankommen. Für die Nutzer, die an den Haltestellen warten würden, würde ein Taxi fahren. Am Nachmittag werde ebenfalls eine Ausnahme gemacht, damit die Schulkinder nach Hause kommen würden. Der Bus nehme die Kinder an der Schule zur Minute 41 auf und fahre den Rest der Strecke mit einer 3- bis 4-minütigen Verspätung ab. Dies könne mit dem einen Bus am Nachmittag bewerkstelligt werden, ohne dass das komplette System zusammenbreche. Um die Züge, die sehr früh nach Villingen-Schwenningen abfahren, andienen zu können, würden vor dem regulären Start des Stadtbusverkehrs zwei Busse eine Schleife zum Bahnhof fahren.

Stadtrat Hall: Nach einer sehr gelungenen Planungsphase mit dem Wunschbüro Hüsler stehe heute nun das neue Stadtbuskonzept zur Entscheidung. Das ausgearbeitete Konzept sei sehr einfach zu verstehen und schlüssig. Unabhängig vom Alter würden alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt Donaueschingen diesen neuen Stadtbus nutzen können. Es sei gut, dass bezüglich der Erich Kästner-Schule eine Lösung gefunden worden sei.

Ein kleiner Teil der CDU-Fraktion werde aufgrund des Betriebsdefizites, das diese für zu hoch erachten, gegen die Einführung des neuen Stadtbuskonzeptes stimmen.

Der neue Stadtbus sei eine Chance für Donaueschingen, die genutzt werden sollte. Ein wesentlicher Punkt sei, dass mit der Einführung des neuen Stadtbusverkehrs die entstehenden zusätzlichen Ausgaben gegenfinanziert werden müssten. Zusätzliche Einnahmen könnten durch eine Erhöhung der Gewerbesteuer, der Grundsteuer A und B oder über eine Parkraumbewirtschaftung generiert werden. Über die Art der Gegenfinanzierung solle der Gemeinderat im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2016 entscheiden.

Wenn heute der Startschuss für das neue Stadtbuskonzept gegeben werde, müsste man unmittelbar in das Marketing einsteigen. Die Errichtung von markanten Haltestellen halte er für sinnvoll und wichtig.

Stadtrat Karrer: Für ihn werde mit dem Beschluss heute ein Traum wahr. Bereits vor über zehn Jahren habe sich der Gemeinderat für ein neues Konzept stark gemacht, das dann aufgrund verschiedener Faktoren gescheitert sei. Das nun erstellte Konzept sei sehr gut und schlüssig. Das Defizit müsse über eine solide Gegenfinanzierung ausgeglichen werden.

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Die GUB-Fraktion begrüße das neue Stadtbuskonzept und werde diesem zustimmen. Die Wünsche aus dem Gemeinderat seien überwiegend berücksichtigt worden. Gegenüber dem jetzigen Stadtbus werde es wesentliche Verbesserungen geben, insbesondere werde der neue Stadtbus barrierefrei sein. Der einfach zu verstehende Fahrplan sei sehr gut. Das der Gemeinderat eine Gegenfinanzierung vorschlagen werde, um das Defizit zu decken, sei selbstverständlich. Über die Art werde im Rahmen der Haushaltsplanberatungen gesprochen. Wünschenswert wäre, dass nicht nur das künftige Busunternehmen Fahrkarten verkaufe, sondern dass Kooperationen gemacht würden, damit z. B. auch Fahrkarten in der Touristinformation, im Souvenirladen Rahm, beim Südkurier und evtl. Bahnhof gekauft werden könnten.

Stadtrat Blaurock: Es solle versucht werden, die Barrierefreiheit an den Haltestellen überwiegend mit Rampenlösungen zu verwirklichen. Erst zu einem späteren Zeitpunkt, wenn sich die ausgewählten Haltestellen bewährt hätten, sollte an Hochbordlösungen gearbeitet wer-

den. Der Ausgleich des Defizits durch Einnahmen sei auch für die Grünen-Fraktion selbstverständlich.

Stadtrat Kuttruff: Die FDP/FW-Fraktion werde aufgrund der hohen Kosten des neuen Stadtbusses, diesem nicht zustimmen können. Die Obergrenze sei durch den Gemeinderat auf 200.000 € bis 250.000 € festgelegt worden. Das Defizit im ersten Betriebsjahr belaufe sich jetzt aber auf 318.000 € und im zweiten Jahr auf 250.000 €, aber nur dann, wenn sich die Fahrgastzahlen wie prognostiziert erhöhen würden.

Das System, das ausgearbeitet worden sei, sei gut. Die Fixkosten für dieses Angebot seien zu hoch. Auch die Stellungnahme von Prof. Dr. Zuck habe dazu beigetragen, dass die FDP/FW-Fraktion sich gegen dieses neue Stadtbuskonzept aussprechen werde. Aufgrund der hohen Kosten für den neuen Stadtbus sehe er die Infrastruktur an anderer Stelle gefährdet. Selbst wenn das Marketingkonzept sehr erfolgreich sein werde, könnte nur ein endlicher Nutzerkreis erreicht werden. Die geschätzten Nutzerzahlen von Herrn Hüsler halte er für unrealistisch.

Sollte dem neuen Stadtbuskonzept zugestimmt werden, sollte eine Ausstiegsklausel in den Vertrag miteingearbeitet werden. Sollten die Nutzerzahlen nicht erreicht werden und das Defizit sich nicht verringern und die Fixkosten nicht gesenkt werden können, solle die Klausel greifen.

Stadtrat Müller: Er könne sich den Ausführungen von Stadtrat Kuttruff anschließen. Auch er sei der Meinung, dass die Fahrgastzahlen nicht wie von Herrn Hüsler vorausgesagt, eintreten würden und das Defizit höher ausfallen werde als gedacht. Solange das Autofahren günstiger und einfacher sei als Busfahren, könne er sich nicht vorstellen, dass Autofahrer in der angenommenen Anzahl auf den Bus umsteigen werden. Aktuell könne sich die Stadt das neue Stadtbuskonzept so nicht leisten. Die Folgekosten für das Marketing und mögliche Umbauten der Haltestellen müssten auch noch berücksichtigt werden. Dass der neue Stadtbus möglicherweise mit einer Erhöhung der Grundsteuer B finanziert werden solle, halte er für falsch. Die Ortsteile würden nichts vom Stadtbus haben und müssten diesen mit der Steuererhöhung aber mitfinanzieren.

Oberbürgermeister Pauly: Aufgabe der Stadt werde es sein, das neue Stadtbuskonzept in der Bevölkerung zu etablieren und neue Nutzer zu akquirieren. Die Kritik, dass die Ortsteile nichts vom neuen Stadtbus hätten, könne er nicht so stehen lassen. Die Ortsteile seien alle an die Kernstadt mit öffentlichen Verkehrsmitteln angebunden und könnten dann auch den Stadtbus nutzen. Die Erhöhung der Grundsteuer B zur Deckung des Betriebsdefizits, sei ein Vorschlag der Verwaltung. Über andere Vorschläge könne gerne diskutiert werden. Wichtig sei, dass sich alle Fraktionen dafür aussprechen würden, dass das Defizit ausgeglichen werden müsse.

Stadtrat Greiner: Um auf die Taxilösung wegen der Schüler der Erich Kästner-Schule verzichten zu können, solle geprüft werden, ob die Schule den Schulbeginn verlegen könnte.

Stadtrat Reith: Die FDP/FW-Fraktion spreche sich nicht gegen die Mobilität in der Stadt aus. Aus seiner Sicht werde das neue Stadtbussystem nur eindimensional betrachtet. Die Innovation fehle ihm bei diesem System. Er habe nicht das Vertrauen, dass die Prognosen wie von Herrn Hüsler vorgelegt, eintreffen würden. Wenn das neue Stadtbuskonzept aber mehrheitlich beschlossen werde, solle darauf geachtet werden, dass die Hochbordlösung gewählt werde. Eine Förderung für Hochborde gebe es noch bis zum 31.03.2016. Die Verwaltung solle versuchen, diese Förderungen noch zu erhalten.

Die Aussage von Herrn Hüsler, dass die Jugend erst später den Führerschein mache, könne er so nicht stehen lassen. Aus seiner Erfahrung heraus würden insbesondere hier im ländlichen Raum die Jugendlichen eher früher den Führerschein machen. Insbesondere das begleitende Fahren mit 17 Jahren erfreue sich seines Wissens in der Region größter Beliebtheit.

Herr Hüsler: Der jetzige Stadtbuss sei mit seinen Fahrplänen sehr unübersichtlich und deshalb mit dem neuen Konzept nicht vergleichbar. Die von ihm geschätzten Zahlen seien sehr vorsichtig geschätzt worden. Der Wille zum Erfolg des Stadtbusses müsse da sein und dann werde die Bevölkerung diesen auch annehmen. Mit einem Stadtfest könnte der neue Stadtbuss eingeführt werden.

Beschluss:

1. Die gegebene Information wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Realisierung des neuen Stadtbussverkehrs entsprechend dem Entwurf des Büros IBV Hüsler wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Landratsamt für die Ausschreibung der Genehmigung die von der Stadt Donaueschingen gewünschten Standards mitzuteilen.
3. Dem Einsatz von Standard-Linienbussen (2 Busse mit 10 m Länge und 1 Bus mit 12 m) und modernem Dieselantrieb wird zugestimmt.
4. Es wird zugestimmt, dass im Sinne der Barrierefreiheit die Busse mit ausfahrbaren Rampen für Rollstühle usw. ausgestattet werden.
5. Der Arbeitskreis Stadtbussverkehr wird beauftragt, das Konzept für die endgültige Ausgestaltung (Möblierung) der Haltestellen zu erarbeiten.
6. Der Arbeitskreis Stadtbussverkehr wird beauftragt, zusammen mit dem Behindertenbeauftragten ein Konzept zu erarbeiten, welche Haltestellen umgebaut und mit einem Hochbord versehen werden sollen.
7. Hinsichtlich der Möblierung der Haltestellen wird zugestimmt, bei einzelnen Haltestellen mit der einfachsten Ausstattung (nur Mindeststandard) gestartet wird und eine eventuelle bessere Ausstattung dieser erst realisiert werden soll, wenn sich im Echtbetrieb zeigt, dass der gewählte Standort der Haltestelle beibehalten werden kann.
8. Es wird grundsätzlich zugestimmt, dass in der Vertragsgestaltung mit dem künftigen Verkehrsunternehmen für die ersten drei Betriebsjahre ein sogenannter Bruttovertrag und danach der Übergang zu einem Nettovertrag vereinbart wird, sofern die Entwicklung des Verkehrs dies zulässt (gleichbleibende oder steigende Fahrgastzahlen). Der Gemeinderat wird zu gegebener Zeit informiert.
9. Die Verwaltung wird beauftragt, zu gegebener Zeit die notwendigen Haushaltsmittel für die laufenden Kosten des neuen Stadtbussverkehrs (Abdeckung des Betriebskosten-Defizits) und die erforderlichen Investitionskosten in den jeweiligen Entwürfen der Haushaltspläne zu veranschlagen.
10. Es wird die Absicht bekundet, zur Finanzierung der mit der Ein-

führung des neuen Stadtbusverkehrs entstehenden zusätzlichen Ausgaben eine substantielle Gegenfinanzierung bereitzustellen. Die Entscheidung über die Art der entsprechenden Einnahmen ist bei der Beratung für den Haushalt 2016 zu treffen.

11. Die Verwaltung wird beauftragt, den Gemeinderat über die weitere Entwicklung auf dem Laufenden zu halten.

(26 Ja, 8 Nein)

3) TOP 3-008/15 Ausweitung der Bedarfsorientierten Landeserstaufnahmestelle für Flüchtlinge

Oberbürgermeister Pauly führt anhand der Sitzungsvorlage in den Tagesordnungspunkt ein. Des Weiteren berichtet er, dass ab dem kommenden Montag eine Registrierung der Flüchtlinge im Gebäude „Max-Egon-Straße“, in dem zuletzt die Polizei ihr Übergangsrevier eingerichtet hatte, stattfinden werde.

Ca. 200 Bürger hätten eine Unterschriftenaktion unterstützt, die gegen die hohe Anzahl von Flüchtlingen und für eine Reduzierung der Flüchtlinge in der BEA sei. Diese sei ihm überreicht worden. Die Verwaltung und auch der Gemeinderat seien gegen die Erweiterung der BEA, da der soziale Frieden mit weiteren Flüchtlingen gefährdet sei. In der Gemeinderatssitzung im September habe der Gemeinderat folgenden Beschluss gefasst.

Eine Zustimmung zu einem Vertrag sei nur dann möglich, wenn die wichtigsten Forderungen der Stadt

- Begrenzung auf 1.500 Flüchtlinge
- Beendigung der Einrichtung der BEA zumindest im nördlichen Bereich in den Sektoren 1 bis 4 bis zum 01.07.2016
- Gesundheitsuntersuchung für jede untergebrachte Person
- Registrierung jeder untergebrachten Person
- Unterstützung des Konversionsprozesses
- Verbesserung der Organisationsstrukturen des Betreibers in der BEA

in den Vertrag mit aufgenommen würden.

Am Folgetag der Gemeinderatssitzung, am 23. September 2015 habe er mit einem Schreiben den Beschluss des Gemeinderates dem Integrationsministerium mitgeteilt. Bisher habe er auf dieses Schreiben noch keine Antwort erhalten.

Mehrfach seien mit der Regierungspräsidentin Gespräche geführt worden, dass die Stadt gerne Flüchtlinge aufnehmen werde, aber dass die Größe der Stadt und der soziale Frieden bei der Anzahl der Flüchtlinge berücksichtigt werden solle. Diese Gespräche hätten offensichtlich nicht das bewirkt, was sich die Stadt erhofft habe, denn die Aussage der Regierungspräsidentin sei gewesen, dass weitere 600 Flüchtlinge nach Donaueschingen kommen würden. Im Zusammenhang mit dieser Erweiterung sei die Stadt als zuständige Straßenverkehrsbehörde vom Regierungspräsidium gebeten worden, die beiden Straßen „Am Tafelkreuz“ und „Prinz-Karl-Egons-Straße“ als Verbindungsstraßen zwischen der Alemannenstraße und der Villingener Straße für den allgemeinen Verkehr zu sperren. Er als Oberbürgermeister könne diesem Wunsch nicht zustimmen, da er dann dem Beschluss des Gemeinderates aus der vergangenen Sitzung widersprechen würde.

Aus sicherheitstechnischen Gründen wäre eine Sperrung der Straßen sicherlich vorteilhaft. Dies habe auch das Polizeirevier bei Gesprächen geäußert.

Stadtrat Hall: Der Umgang mit Städten, die Flüchtlinge aufnehmen würden, sei von Seiten des Regierungspräsidiums nicht fair. Ein Antwortschreiben auf den Brief von Herrn Oberbürgermeister Pauly hätte bis zum heutigen Tag erfolgen müssen. Einer Sperrung der Straßen „Am Tafelkreuz“ und „Prinz-Karl-Egon-Straße“ solle nicht zugestimmt werden. Der Nebensatz im Beschlussvorschlag Nr. 2, dass nur im Bedarfsfall und zeitlich befristet eine Sperrung erfolgen solle, wenn dies aus Gründen der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung erforderlich werde, solle gestrichen werden. Das Regierungspräsidium sei für die Sicherheit zuständig und diese sei mit kleinen Gruppen sicherlich leichter zu erreichen als mit einer großen Grup-

pe, bestehend aus über 2000 Flüchtlingen. Die Schaffung einer Ghettosiedlung solle vermieden werden. Wenn mehr Flüchtlinge kämen, dann müsse das Land mehr Sicherheitskräfte engagieren und auch an eine weitere Essensausgabe denken. Das ehrenamtliche Engagement vieler Bürger sei lobenswert und beispielhaft. Doch mit einer zu hohen Anzahl an Flüchtlingen sei die Arbeit nicht mehr zu leisten. Aufgrund der negativen Presse sehe er auch die Wirtschaftskraft gefährdet.

Stadtrat Kuttruff: Die Sperrung der Straßen „Am Tafelkreuz“ und „Prinz-Karl-Egon-Straße“ werde ob befristet oder nicht scharf und in aller Deutlichkeit abgelehnt. Das Regierungspräsidium würde aus einer bereits zu großen Einrichtung, eine noch größere machen. Aufgrund der Größe der BEA seien Konflikte bezüglich des Duschens und der Essensausgabe vorprogrammiert. In dem jetzt für 600 Flüchtlinge vorgesehenen Bereich sei eine Anschlussunterbringung für Familien oder unbegleitete Jugendliche sicher sinnvoller als die Schaffung lagerähnlicher Zustände durch das Anbringen von Bauzäunen. Des Weiteren bezweifle er, dass ein Bauzaun eine Wirkung auf die Flüchtlinge habe.

Auch er finde es schade, dass bis zum heutigen Tag noch keine Reaktion auf das Schreiben von Herrn Oberbürgermeister Pauly vom Integrationsministerium erfolgt sei.

Da die Landesregierung und das Regierungspräsidium nicht reagieren würden, müssten sich die Donaueschinger selbst helfen. Die Kommunikation sei das wichtigste und deshalb möchte er dem Hardheimer Modell näher treten und erachte es als sinnvoll, einen solchen Regelkatalog an die Flüchtlinge zu verteilen.

Stadtrat Karrer: Das Land werde derzeit mit Flüchtlingen überrollt und sei händeringend auf der Suche nach vernünftigen Unterbringungsmöglichkeiten. Er habe Verständnis für das Land, dass dieses für die Unterbringung von Flüchtlingen auf leerstehende Kasernen zurückgreife. Insbesondere jetzt, vor den Wintermonaten müssten die Flüchtlinge in festen Gebäuden und nicht in Zelten untergebracht werden. Dennoch sei die Bildung eines Ghettos nicht vertretbar. Das Land habe gesagt, dass der Konversionsbereich mit einer Belegung von 500 Flüchtlingen gut geeignet sei. Mittlerweile seien bereits 1660 Flüchtlinge in diesem Bereich untergebracht und nun sollen weitere 600 Personen folgen. Um einen menschenwürdige Unterbringung zu gewährleisten, müsste der gesamte Bereich in drei Teile geteilt werden und mit jeweils einem separaten Eingang, separatem Personal und auch einer eigenen Essensausgabe ausgestattet werden. Die SPD-Fraktion werde gegen die Sperrung der Straßen „Am Tafelkreuz“ und „Prinz-Karl-Egon-Straße“ stimmen und fordere zudem vom Land, mehr Sicherheitspersonal einzustellen. Er möchte sich ebenfalls bei allen Ehrenamtlichen für ihre tolle Arbeit herzlich bedanken.

Stadträtin Dr. Jarsumbek: In der Septembersitzung habe der Gemeinderat einstimmig seine Standpunkte und Forderungen formuliert. Bis zum heutigen Tag habe sich daran nichts geändert und deshalb solle der Sperrung der Straßen „Am Tafelkreuz“ und „Prinz-Karl-Egon-Straße“ nicht zugestimmt werden. Bei den Gebäuden im nördlichen Bereich handle es sich nicht um Kasernen, sondern um ehemalige Soldatenwohnungen. Eine maßvolle Anschlussunterbringung sei in diesem Bereich sicher sinnvoller als die Erweiterung der BEA.

Stadtrat Blaurock: Alles, was der Gemeinderat in dieser Sache tun könne, sei getan und formuliert worden. 120 freiwillige Helfer seien regelmäßig für die Flüchtlinge im Einsatz und weitere würden punktuell helfen. Hierfür danke er herzlich. Positiv sei, dass die Flüchtlinge jetzt in der Max-Egon-Straße registriert und auch gesundheitlich untersucht werden sollten. Negativ hingegen sei, dass Herr Oberbürgermeister Pauly noch keine Antwort auf sein Schreiben vom 23. September 2015 erhalten habe. Einer Sperrung der Straßen „Am Tafelkreuz“ und „Prinz-Karl-Egon-Straße“ könne nicht zugestimmt werden. Das Sicherheitspersonal müsse aufgestockt und die Überwachung auch in den Sammelunterkünften, insbesondere im Sternensaal, verbessert werden.

Stadtrat Reith: Flüchtlinge sollten nicht in Zelten, sondern vernünftig untergebracht werden.

Der soziale Frieden müsse geschützt werden. Dies sei mit einer derart hohen Belegung der BEA nicht mehr leistbar und deshalb müsste das Land darüber nachdenken, Turnhallen in anderen Städten zu belegen, um die Städte, die bereits jetzt eine hohe Anzahl an Flüchtlingen aufnehmen mussten, zu entlasten. Die FDP/FW-Fraktion sei dagegen, dass erneut 600 Flüchtlinge in der BEA aufgenommen werden sollten und auch gegen die Sperrung der Straßen „Am Tafelkreuz“ und „Prinz-Karl-Egon-Straße“.

Dass eine Registrierung und eine gesundheitliche Untersuchung der Flüchtlinge in Donaueschingen vorgenommen werden solle sei gut. Das Gebäude in der Max-Egon-Straße liege aber an einem dezentralen Punkt, was bedeute, dass die Flüchtlinge durch die Stadt gehen müssten. Die Integrationsministerin habe ihm auf Anfrage zugesagt, dass geprüft werde, ob das Sanitätsversorgungszentrum der Bundeswehr für die gesundheitliche Untersuchung und die Registrierung der Flüchtlinge genutzt werden könnte. Er frage, ob es eine negative Antwort gebe oder diese Möglichkeit noch nicht geprüft worden sei. Die Ministerin habe ebenfalls gesagt, dass die Flüchtlingszahl im Verhältnis zur Größe der Stadt liegen müsse und man diesbezüglich mit den Kommunen in Kontakt sei. Auch hier müsste nochmals nachgehakt werden, warum dies offensichtlich nicht so gehandhabt werde. Die ehrenamtlichen aber auch die hauptamtlichen Mitarbeiter würden sehr gute Arbeit verrichten und diese solle gewürdigt werden. Es fehle in der BEA aber grundsätzlich an funktionierenden Strukturen.

Oberbürgermeister Pauly: Es sei mehrmals kritisiert worden, dass bisher noch keine Reaktion aus dem Integrationsministerium auf das Schreiben vom 23. September 2015 erfolgt sei. Er rechne aber fest mit einem Antwortschreiben. Im Beschlussvorschlag fordere die Verwaltung das Integrationsministerium und das Regierungspräsidium auf, eine weitere Bürgerversammlung zum aktuellen Stand der BEA und für Fragen der Bürger zu veranstalten. Er erwarte auch, dass die Ministerin sich selbst den Bürgern stelle und Fragen beantworten werde.

Stadtrat Karrer: Die Aufrechterhaltung des sozialen Friedens in Donaueschingen sei sehr wichtig. Er halte es deshalb für sinnvoll, Bürger und Flüchtlinge ins Gespräch zu bringen. Kontakte sollten hergestellt werden, um Vorurteile und Ängste abzubauen.

Bürgerin: Die Stadt müsse etwas gegen die hohe Zahl der Flüchtlinge tun. Des Weiteren sei es wichtig, Regeln und Hilfestellungen für die Flüchtlinge aufzustellen. Zudem sei es wichtig, dass die Flüchtlinge eine Beschäftigung erhalten sollten. Sie habe beobachten können, wie ein Flüchtling beim Müller Markt gestohlen habe und keine Anzeige erstattet worden sei. Dies sei so nicht in Ordnung.

Oberbürgermeister Pauly: Die Stadt habe auf die Unterbringung der Flüchtlinge keinen Einfluss. Für die BEA sei das Regierungspräsidium zuständig. Die Stadt habe nur das Recht, als Besucher die BEA zu betreten und könne keine Regeln festlegen. Die Verwaltung habe gemeinsam mit dem Gemeinderat bereits sehr viele Anliegen und Verbesserungsvorschläge an das Regierungspräsidium weitergeleitet. Mit der Polizei könne die Stadt versuchen, Sicherheit und Ordnung zu schaffen. Die Polizei erledige ihre Arbeit sehr gut und würde keine Unterschiede bezüglich der Herkunft bei Straftaten machen.

Bürgerin: Ihr sei die Jacke am Herbstfest gestohlen worden und als sie dies der Polizei angezeigt habe, habe diese zu ihr gesagt, dass sie nichts tun können, wenn die Person noch nicht registriert sei. Allgemein sei während des Herbstfestes ein erhöhter Diebstahl festgestellt worden. In der Zeitung sei darüber nichts zu lesen gewesen.

Oberbürgermeister Pauly: Er könne alle Betroffenen nur dazu aufmuntern, bei der Polizei Strafanzeige zu stellen.

(Auf Frage von Herrn Gleichauf) Das Gerücht, wenn Flüchtlinge etwas stehlen würden, die Stadt für die Kosten aufkomme, sei komplett abwegig. In Deutschland bestehe Pressefreiheit und aus diesem Grund sei es ebenfalls abwegig zu behaupten, dass die Stadt der Presse

verbieten würde, über Dinge zu berichten. Die Polizei werde er auf die genannten Fälle ansprechen.

(Auf Frage eines Eigentümers eines Anwesens im Bereich Cite Nord) Als Eigentümer könne er bestimmen, wer den Spielplatz nutzen dürfe und wer nicht. Die Flüchtlinge sollten darauf hingewiesen werden, dass es sich um ein Privatgelände handle, das sie nicht nutzen dürften. Wenn dieses Gespräch nichts nutzen würde, könne er die Polizei anrufen, da dann der Tatbestand eines Hausfriedensbruches vorliegen würde.

Bürgerin: Sie wohne in der Alemannenstraße und bekomme täglich die Missstände, die in der BEA und drum herum herrschen würden mit. Es passiere viel mehr, aber nur über wenige Vorfälle würde in der Presse berichtet. Erst kürzlich sei es in der Alemannenstraße zu einer Schlägerei zwischen Russen und Flüchtlingen gekommen. Die Flüchtlinge würden dringend Benimmregeln benötigen. Die Sicherheit sei in Donaueschingen nicht mehr gegeben. Sie fühle sich nicht mehr sicher in Donaueschingen und auch ihre Kinder seien in diesem Umfeld nicht mehr sicher. Sie fordere ein Sicherheitskonzept.

Oberbürgermeister Pauly: Die Sorgen der Bürger würden ernst genommen und er könne sie verstehen. In Donaueschingen leiste die Polizei sehr gute Arbeit. Sie könne aber auch nicht überall gleichzeitig sein. Die Polizei stoße auch an ihre Kapazitätsgrenzen. Die Kriminalitätsrate sei nach Angaben der Polizei mit der Flüchtlingswelle nicht wesentlich gestiegen. Dies sei sicherlich nicht hilfreich, wenn das subjektive Sicherheitsgefühl ein anderes sei. In regelmäßigen Sitzungen würden sich die Betreiber der BEA, die Polizei, der Sicherheitsdienst und die Verwaltung zum Austausch treffen. Die Verwaltung tue was getan werden könne, um die Situation zu verbessern. Die Möglichkeiten seien aber begrenzt.

Herr Gleichauf: Er habe abends beobachtet, wie eine Gruppe Farbiger bei Dunkelheit durch Donaueschingen laufe und bei Autos, Garagen und Haustüren prüfen würden, ob diese offen seien.

Oberbürgermeister Pauly: Er könne ihn nur dazu animieren, wenn er dies wieder sehe, die Polizei anzurufen. Der Gemeinderat habe beschlossen, dass das Integrationsministerium und das Regierungspräsidium aufgefordert werden sollten, eine weitere Bürgerversammlung für Fragen der Bürger abzuhalten. In diesem Rahmen sollten dann die Bedenken und Sorgen vorgebracht werden.

Frau Gehbauer-Hohner: Es würde eine Hilflosigkeit auf Seiten der Stadtverwaltung herrschen. Aus diesem Grund wolle man mit der Unterschriftenaktion der Stadt helfen. Donaueschingen solle sich mit anderen Städten zusammentun, um so Druck gegenüber dem Regierungspräsidium aufzubauen.

Oberbürgermeister Pauly: Die Stadtverwaltung und auch der Gemeinderat seien nicht untätig. Auf allen Ebenen seien Forderungen und Anliegen vorgebracht worden. Aber die Stadt würde rechtlich an ihre Grenzen stoßen.

Bürgermeister Kaiser: Die Lobby, die Donaueschingen von anderen Städten erwarten könne, sei gegen Null. Sieben weiteren Städten in Baden-Württemberg würde es wie Donaueschingen ergehe. Die Städte mit leeren Kasernen treffe es nun mal so hart. Alle anderen ca. 1000 Städte in Baden-Württemberg seien mit dem Vorgehen des Regierungspräsidiums sicherlich einverstanden. Auch der Städtetag und der Gemeindetag, in denen die Stadt Donaueschingen Mitglied seien, würden das jetzige Vorgehen gut heißen.

Herr Womes: Unter www.refugeeguide.de würde es in unterschiedlichen Sprachen Orientierungshilfen mit nützliche Tipps und Informationen für das Leben in Deutschland für Flüchtlin-

ge zum herunterladen geben.

Beschluss:

1. Die aktuellen Informationen über die Ausweitung der BEA in Donaueschingen werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Gemeinderat lehnt eine Sperrung der Straßen „Am Tafelkreuz“ und „Prinz-Karl-Egon-Straße“ grundsätzlich ab.
3. Das Integrationsministerium Baden-Württemberg und das Regierungspräsidium Freiburg werden aufgefordert, in einer weiteren Bürgerversammlung für Fragen der Bürger zum aktuellen Stand der BEA und zu den weiteren Planungen Stellung zu nehmen.

(einstimmig)

4) TOP 4-096/15 Konversion - Beschluss Rahmenplan und Aufstellungsbeschluss Bebauungsplan

Herr Prof. Dr. Ing. Gerd Baldauf (Baldauf Architekten und Stadtplaner GmbH) stellt mit Hilfe einer Präsentation den Entwurf vor. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Stadtrat Hall: Er danke Herrn Prof. Dr. Ing. Gerd Baldauf für die Darstellung und Erläuterung des Entwurfs. Mit diesem Vortrag fühle sich das Preisgericht in ihrer Entscheidung, das Planungsbüro Baldauf Architekten aus Stuttgart als Sieger zu benennen, bestätigt.

Stadtrat Karrer: Er gratuliere dem Büro Baldauf Architekten zu dem gelungenen Entwurf und freue sich auf die weiteren Detailplanungen.

Stadtrat Wild: Auch er denke Herrn Prof. Dr. Ing. Baldauf für die Präsentation des Entwurfs. Dieser halte der Stadt alle Möglichkeiten offen und zeige damit, dass das Preisgericht die richtige Entscheidung getroffen habe.

Stadtrat Roland Erndle: Auch er möchte sich dem Lob für den Entwurf anschließen. Er halte es für wichtig, dass das Thema Wasser noch in irgendeiner Form, z. B. mit einem Brunnen, in den Entwurf miteingearbeitet werde.

Stadtrat Blaurock: Er bitte darum, dass der Hindenburgring ebenfalls mit in den Geltungsbereich des Bebauungsplanes aufgenommen werde.

Herr Prof. Dr. Ing. Baldauf: Man befände sich noch im Vorentwurfsstadium. Optimierungen im Plan werde es noch geben und für Anregungen sei man offen und dankbar.

(Auf Frage von Stadtrat Roland Erndle) Die geplanten Grünflächen nach oben hin seien für die Nutzung als Spielflächen vorgesehen.

Stadtrat Rögele: Sollte ein neues Schulzentrum im Konversionsgelände gebaut werden, sei die weitere Nutzung des jetzt schon bestehenden Sportgeländes für den Schulbetrieb sinnvoll.

Beschluss: Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

5) TOP 1-049/15 Konversions- und Entwicklungsgesellschaft mbH Donaueschingen - Gründung der GmbH und Gesellschaftsvertrag

Oberbürgermeister Pauly: In der Fraktionssprechersitzung sei der Wunsch geäußert worden, die Geschäftsführung der Konversions- und Entwicklungsgesellschaft mbH Donaueschingen mit Herrn Butsch und Herrn Bunse zu besetzen. Herr Tempelmann als Sachgebietsleiter solle zum Stellvertreter von den Geschäftsführern der Gesellschaft bestellt werden.

Stadtrat Karrer: Es sei lediglich von einer Fraktion gewünscht worden, dass die beiden Amtsleiter die Geschäftsführung übernehmen und Herr Tempelmann zum Stellvertreter bestellt werde. Er halte aber am Vorschlag der Verwaltung, Herrn Butsch und Herrn Tempelmann zu Geschäftsführern der Konversions- und Entwicklungsgesellschaft mbH und Herrn Bunse zum Stellvertreter zu ernennen, fest.

Bürgermeister Kaiser: Die Verwaltung hätte sich explizit für zwei relativ junge Mitarbeiter für die Geschäftsführung entschieden, da sich der Konversionsprozess über Jahre hinziehen werde.

Oberbürgermeister Pauly: Er halte es für richtig, die Konversions- und Entwicklungsgesellschaft mbH mit einem Stammkapital in Höhe von 3 Millionen EUR auszustatten. Die Mindesteinlage in Höhe von 25.000 € würde ein falsches Zeichen nach außen ausstrahlen. Die Verwaltung und auch der Gemeinderat würden so schnell wie möglich in das Eigentum der Konversionsflächen kommen wollen. Um schnell handlungsfähig zu sein, müsse die Gesellschaft mit vernünftigen Mitteln ausgestattet sein. Des Weiteren habe das Regierungspräsidium für einen Gesellschaftervertrag mit einer Stammkapitaleinlage in Höhe von 3 Millionen EUR eine Genehmigung in Aussicht gestellt.

Herr Dr. Struck: (Rechtsanwaltskanzlei Eisenmann Wahle Birk & Weidner) Sollte sich der Gemeinderat für ein geringeres Stammkapital in Höhe von z. B. 25.000 EUR aussprechen, würde das Regierungspräsidium erneut den Gesellschaftsvertrag prüfen müssen und würde mit Sicherheit dann auch einen Businessplan fordern.

Er spreche sich deshalb für ein Stammkapital in Höhe von 3 Millionen EUR aus. Des Weiteren sei es für die Gesellschaft mit einem solch hohen Stammkapital einfacher, weiteres Geld auf dem Kapitalmarkt zu erhalten.

Stadtrat Kuttruff: Aufgrund der Argumente von Herrn Dr. Struck spreche er sich für ein Stammkapital in Höhe von 3 Millionen EUR aus, obwohl dieses hohe Stammkapital zum Vergleich mit dem Mindestkapital in Höhe von 25.000 EUR sicherlich höhere Notarkosten verursachen werde.

Stadtrat Karrer: Auch er spreche sich nach den Erläuterungen von Herrn Dr. Struck für ein Stammkapital in Höhe von 3 Millionen EUR aus.

Stadtrat Blaurock: Die Aussage, dass man mit einem Stammkapital in Höhe von 3 Millionen EUR kreditwürdig sei, sei kein Argument dafür, für die hohe Summe zu stimmen. Er halte ein Stammkapital in Höhe von 1 Million EUR für ausreichend. Mit einer solchen Summe sehe er die Gesellschaft auch als kreditwürdig an.

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Auch sie habe Bedenken bezüglich des Stammkapitals in Höhe von 3 Millionen EUR.

Stadtrat Hall: Die CDU-Fraktion wünsche sich Herrn Bunse als Geschäftsführer, da er sehr viel Erfahrung habe und mit Herrn Butsch zwei Amtsleiter die Geschäftsführung übernehmen

würden.

Herr Dr. Struck: (Auf Frage von Stadtrat Kuttruff) Es sei sinnvoller, eine Einzelvertretungsbe-
rechtigung nicht in der Satzung festzusetzen. Sollte der Geschäftsführer nicht Mitarbeiter der
Stadt Donaueschingen sein, was sicherlich auch denkbar wäre, sollte dieser sinnvollerweise
nicht gleich einzelvertretungsberechtigt sein.

(Auf Frage von Stadtrat Hall) Bei einem Stammkapital in Höhe von 25.000 EUR würden die
Notarkosten bei ca. 8.000 EUR liegen. Wie hoch die Kosten bei einem Stammkapital in Höhe
von 3 Millionen EUR für den Notar seien, könne er nicht sagen.

Oberbürgermeister Pauly: Der Gemeinderat habe für den Konversionsprozess im Haushalt 3
Millionen EUR zur Verfügung gestellt und dieser Betrag solle nun als Stammkapital für die
Konversions- und Entwicklungsgesellschaft zur Verfügung gestellt werden. Mit diesem
Stammkapital sei man sofort handlungsfähig, wenn dies erforderlich werde.

Bürgermeister Kaiser: Bereits im Juli 2015 habe der Gemeinderat in einer öffentlichen Sit-
zung über die Höhe des Stammkapitals entschieden. Auf dieser Grundlage (3 Millionen EUR
Stammkapital) sei der Gesellschaftsvertrag erarbeitet und dem Regierungspräsidium vorge-
legt worden.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt dem Gesellschaftsvertrag (Anlage 1) zu.
2. Der Gemeinderat beschließt, die Konversions- und Entwicklungsgesellschaft mbH Donaueschingen mit einem Stammkapital von 3 Millionen EUR auf Grundlage des Gesellschaftsvertrages (Anlage 1) zu gründen.
3. Die Verwaltung wird ermächtigt, den Gründungsbeschluss, die Gemeinderatsvorlage samt Anlagen dem Regierungspräsidium Freiburg als Genehmigungsbehörde zur Genehmigung vorzulegen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, nach Genehmigung des Gesellschaftsvertrages durch das Regierungspräsidium die weiteren Gründungsschritte vorzunehmen.
5. Die Stadt Donaueschingen übernimmt 100 % der Gesellschaftsanteile an der Konversions- und Entwicklungsgesellschaft mbH Donaueschingen.
6. Die Stadt Donaueschingen stellt der Konversions- und Entwicklungsgesellschaft mbH Donaueschingen ein Stammkapital in Höhe von 3 Millionen EUR zur Verfügung; die Finanzierung des Stammkapitals erfolgt durch die hierfür im genehmigten Haushaltsplan 2015 bereitgestellten Mittel.
7. Der Beschluss über die Entsendung der Mitglieder des Aufsichtsrats erfolgt in der auf die Gründung der GmbH folgenden Gemeinderatssitzung.
8. Die Verwaltung wird ermächtigt, alle Handlungen durchzuführen, Rechtserklärungen abzugeben und entgegenzunehmen,

die in Zusammenhang mit der Gründung der GmbH stehen.

(einstimmig)

9. Dem CDU-Vorschlag, den Oberbürgermeister zu ermächtigen, in der (Gründungs-)Gesellschafterversammlung der Konversions- und Entwicklungsgesellschaft mbH Donaueschingen die Herren Tobias Butsch und Heinz Bunse jeweils zu Geschäftsführern der Gesellschaft und Herrn Jens Tempelmann zum Stellvertreter von Geschäftsführern der Gesellschaft zu bestellen, wird nicht zugestimmt.

(16 Nein, 16 Ja)

10. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, in der (Gründungs-)Gesellschafterversammlung der Konversions- und Entwicklungsgesellschaft mbH Donaueschingen:

Herrn Tobias Butsch
Herrn Jens Tempelmann

Jeweils zu Geschäftsführern der Gesellschaft und

Herrn Heinz Bunse

zum Stellvertreter von Geschäftsführern der Gesellschaft zu bestellen und etwaige Geschäftsführungsverträge mit den Geschäftsführern abzuschließen.

(22 Ja, 10 Enthaltungen)

6) TOP 1-057/15 Bekanntgabe des in nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung vom 22. September 2015 gefassten Beschlusses

Oberbürgermeister Pauly: Der Tagesordnungspunkt wird vertagt. Es wird am 20. Oktober 2015 eine Gemeinderatssitzung stattfinden, in der dieser Tagesordnungspunkt beraten und beschlossen wird.

7) TOP 1-062/15 Amt 1 Zentrale Steuerung und Finanzen/Sachgebiet 15 - Wiederbesetzung 100 % Stelle Sachbearbeitung Steuern -

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

**8) TOP 4-097/15 Rathaus I, Schule Pfohren, Technische Dienste / Modernisierung
Blockheizkraftwerke (BHKWs) - außerplanmäßige Ausgabe**

Beschluss:

Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird zugestimmt.

(27 Ja, 4 Nein, 1 Enthaltung)

9) TOP 7-001/15 Jahresrechnung 2014 - Schlussbericht

Oberbürgermeister Pauly: Der Tagesordnungspunkt wird vertagt. Es wird am 20. Oktober 2015 eine Gemeinderatssitzung stattfinden, in der dieser Tagesordnungspunkt beraten und beschlossen wird.

10) TOP 1-047/15 Jahresrechnung 2014 - Feststellung

Oberbürgermeister Pauly: Der Tagesordnungspunkt wird vertagt. Es wird am 20. Oktober 2015 eine Gemeinderatssitzung stattfinden, in der dieser Tagesordnungspunkt beraten und beschlossen wird.

11) TOP 1-059/15 Haushalt 2016 - Einbringung des Entwurfs

Oberbürgermeister Pauly: Der Tagesordnungspunkt wird vertagt. Es wird am 20. Oktober 2015 eine Gemeinderatssitzung stattfinden, in der dieser Tagesordnungspunkt beraten und beschlossen wird.

12) TOP Anfragen aus dem Gemeinderat und Verschiedenes

Keine.